

Wahlprüfsteine der Volkssolidarität Berlin 2021

1. Für mehr gesellschaftliche Teilhabe

Die Kommunen sind die wesentlichen Gestalter von Daseinsvorsorge. Sie können für alle Generationen zukunftsfähige Sorgestrukturen aufbauen, Bedingungen guten Lebens vor Ort sowohl kulturell als auch mit der nötigen Infrastruktur schaffen. Sie können Altenhilfestrukturen verankern, um aktive Teilhabe und Hilfe von älteren und für ältere Menschen zu ermöglichen.

Wie steht Ihre Partei zu dem Ziel der Schaffung eines Berliner Altenhilfestrukturengesetzes? Welche politischen Erwartungen verknüpfen Sie damit? Wie wollen Sie die Bezirke finanziell aufwerten, damit diese Daseinsvorsorge aufgebaut und gelebt wird?

Der 8. Altersbericht der Bundesregierung zum Thema "Ältere Menschen und Digitalisierung" hat sich mit der besonderen Lage älterer Menschen in Zeiten der fortschreitenden Digitalisierung befasst und altersgerechte Empfehlungen erarbeitet. Es wird deutlich: Wer hier nicht teilhaben kann, wird zukünftig immer stärker ausgegrenzt.

Welche Voraussetzungen will ihre Partei schaffen, um zu gewährleisten, dass die Berliner Seniorinnen und Senioren bei der Digitalisierung (z.B. Einführung digitaler Impfausweis, online Terminvereinbarungen) eine gleichberechtigte Chance der Teilhabe am gesellschaftlichen Wandel erhalten? Auf welche Weise wollen Sie die Berliner Verwaltung in diese Aufgabe einbeziehen und darauf einstellen? Wie steht ihre Partei zur Beibehaltung anderer Zugangs- und Überbrückungsmöglichkeiten für Menschen, die aus den unterschiedlichsten Gründen digitalisierte Angebote nicht nutzen können?

2. Für qualifizierte Kindertagesbetreuung

Seit dem 1. November 2020 erhalten in Berlin die Beschäftigten in Kitas des öffentlichen Dienstes bis zu 150 Euro brutto monatlich als Hauptstadtzulage. Die 80 Prozent der bei freien Trägern Beschäftigten gehen leer aus, obwohl v.a. freie Träger in den vergangenen Jahren den Kitaplatzausbau und die Ausbildung von Fachkräften forciert haben.

Wie wollen Sie dieser eklatanten Ungleichbehandlung der Beschäftigten bei freien Trägern begegnen?

Inzwischen besteht diese Ungleichbehandlung schon mehrere Monate. Es wird zunehmend spürbar, dass qualifizierte Fachkräfte sich für eine Beschäftigung bei den landeseigenen Kitabetrieben entscheiden. Das bedeutet, dass es für freie Träger immer schwieriger wird, die Qualität aufrechtzuerhalten, denn ein zentraler Faktor für eine hochwertige Bildungsarbeit ist ein ausreichender Personalschlüssel.

Haben Sie einen Kompromissvorschlag, um diese Benachteiligung der Beschäftigten bei freien Trägern zumindest teilweise auszugleichen?

Die im bundesweiten Durchschnitt verbesserten Personalschlüssel verdecken die unterschiedlichen Entwicklungsdynamiken in den Ländern. Je nach Land oder auch Kommune arbeiten die Fachkräfte zu sehr unterschiedlichen Bedingungen. Dringend benötigte Fachkräfte wandern ab, weil sie in anderen Bundesländern bessere Arbeitsbedingungen vorfinden.

Was halten Sie von bundesweit einheitlichen Standards für gleiche Bildungschancen und Arbeitsbedingungen? Und wie könnte man diese erreichen?

Kitas werden immer mehr für Quereinsteiger geöffnet, um dem Fachkräftemangel entgegenzuwirken. Bis zu einem Drittel des Kita-Personals darf aus berufsfremden Kräften bestehen. Eine Kita mit 30 Vollzeitkräften kann also 10 Kräfte einstellen, die noch nie etwas über frühkindliche Lernprozesse, Elternarbeit, Sprachförderung oder Sprachlernstagebücher gehört haben.

Wie soll die pädagogische Qualität in Kitas gewährleistet werden, wenn die Zugangsvoraussetzungen immer weiter gesenkt werden?

3. Für kieznahe soziale Arbeit

Zuwendungen der Bezirke und des Landes Berlins berücksichtigen oft nicht die anfallenden bzw. steigenden Gewerbemieten, sondern orientieren sich meist an verschiedenen anderen Kriterien, z.B. Sozialindex, Anzahl der Nutzenden. Durch Mietpreissteigerungen bzw. hohe Gewerbemieten fließt ein sehr hoher Anteil der Zuwendungen an Vermieter, es stehen weniger finanzielle Mittel für die fachliche Arbeit zur Verfügung. Neben Zuwendungshöhen, die die tatsächlichen Kosten für den Betrieb sozialer Projekte abbilden, sollten Gewerbemieten für soziale Projekte begrenzt werden. **Wir fordern: Berlin sollte Projekte und Angebote freier Träger bei der Erstellung von Bebauungsplänen erfassen und durch ein soziales Gewerbeflächensicherungs- und Entwicklungskonzept langfristig inklusiv und stadtteilbezogen berücksichtigen.**

Welche Schritte unternehmen Sie, um soziale Projekte und Angebote mit Zuwendungsförderungen, wie Stadtteilzentren, Beratungsstellen der Suchthilfe, Selbsthilfe und der psychosozialen Angebote in den Stadtteilen und Kiezen Berlins vor Verdrängung aus dem umkämpften Wohnungsmarkt durch Kündigungen und Mietpreissteigerungen zu schützen?

Die Pandemie hat eine verstärkte Aufmerksamkeit für den Themenkomplex der häuslichen Gewalt erzeugt. Selten ist so häufig über das Phänomen, die Dunkelziffer und (Spät-)Folgen häuslicher Gewalt gesprochen worden. Auch unser Projekt Beratung für Männer – Gegen Gewalt wurde noch häufiger angefragt, sowohl medial als auch von potenziellen Klienten.

In welcher Form gedenkt Ihre Partei bei der Bekämpfung von Gewalt an Frauen und Mädchen die Prävention auszubauen, insbesondere auch die Arbeit mit den Tätern?

4. Für gute Eingliederungshilfe

Zu Beginn des Pandemieausbruchs in Deutschland gab es große Lieferengpässe, vor allen bei Desinfektionsmitteln und medizinischen Masken. Entsprechend stiegen die Preise für diese Artikel. Es gibt jedoch kein zusätzliches Budget dafür. Die Kostensätze der gemeinnützigen Einrichtungen und Dienste der Wohlfahrtsverbände sind kostendeckend kalkuliert und beinhalten keine nennenswerten Spielräume für eventuelle Mehr- oder Sonderkosten. Die Refinanzierung ist bisher nur für die Sach- und Personalkosten in Bezug auf die Covid-19-Testungen möglich.

Wie wollen Sie die Arbeit in der Eingliederungshilfe, also die Arbeit mit Menschen mit körperlichen und/oder geistigen Einschränkungen, mit einem Budget ausstatten, um diese Mehr- oder Sonderkosten zu decken oder diese refinanzieren zu können?

Der Fachkräftemangel und die vorzuhaltende Fachkraftquote führen zu einer großen Nachfrage nach Personal bei einem geringen Angebot. Ein erheblicher Teil der Fachkräfte ist bei Leasingfirmen tätig, welche ihr Personal zu hohen Preisen den Trägern überlassen. Der Einsatz von Leasingpersonal, auch wenn es Fachkräfte sind, senkt insgesamt die Qualität der Arbeit. Leasingkräfte fühlen sich dem Haus und den betreuten Menschen weniger verbunden als eigenes Personal und kennen sich am Einsatzort weniger aus. Gleichzeitig bestehen nach wie vor bürokratische und finanzielle Hürden für den Quereinstieg und die Weiter- bzw. Ausbildungszeit.

Werden Sie sich dafür einsetzen, dass auch die freien Träger der Eingliederungshilfe ihre Fachkräfte besser entlohnen können, um die Arbeit von Fachkräften bei einem festen Arbeitgeber attraktiver zu machen? Werden Sie für diesen systemrelevanten Bereich ein deutlich und dauerhaft größeres Budget vorsehen? Wie wollen Sie Quereinstiege und Möglichkeiten zur Aufnahme einer Fachkraftausbildung erleichtern, damit wieder mehr Fachkräfte auf dem Markt zu haben sind?

5. Für sichere Pflege

Die Pandemie hat gezeigt, wie systemrelevant der Pflegeberuf ist. Gleichzeitig leidet die Branche unter einem erheblichen Fachkräftemangel. Dies hat nach wie vor auch mit dem Bild von Pflege in der Gesellschaft zu tun.

Wie wollen Sie den Beruf konkret so anerkennen und aufwerten, dass mehr Menschen sich dafür entscheiden?

Arbeitnehmerinnenüberlassung führt auch in der Pflege zu Rosinenpicken, insbesondere bei Entlohnung sowie Lage und Dauer der Arbeitszeiten. Fest angestellte Pflegende werden dadurch erheblich benachteiligt und ebenfalls in die Arbeitnehmerüberlassung gelockt. Equal Pay ist in der Pflege längst in das Gegenteil verkehrt. So erhöhen die knappen Gelder der Kranken- und Pflegekassen, die eigentlich gemeinnützigen Trägern und ihren Mitarbeitenden zur Verbesserung der Pflegearbeitsbedingungen zukommen sollten, die Gewinne privater Unternehmen. Das Land Berlin ist nicht nur Gesetz- und Ordnungsgeber, sondern auch machtvoller Vertragspartner der Pflegeträger bei Rahmen-, Versorgungs- und Vergütungsverträgen. Pflegewerkverträge wurden vertraglich bereits vor langer Zeit untersagt.

Wann und wie wollen Sie Arbeitnehmerinnenüberlassung nicht nur in der Fleischindustrie, sondern auch in der gesamten Pflege in Berlin wirksam unterbinden oder zumindest erschweren?

6. Für nachhaltige Integration

Viele Kinder mit Flucht- und Migrationserfahrung leben in einem sozial benachteiligten Umfeld. Sie leiden unter der Unterversorgung von Kita- und Schulplätzen im Land Berlin noch stärker als andere Kinder. Sie haben weniger Zugang zu Kindern aus anderen Sozial- und Kulturräumen, sie erlernen die deutsche Sprache später, die so wichtige Etablierung von Alltagsstrukturen etwa durch den Besuch einer Kita bleibt ihnen verwehrt.

Welche Maßnahmen wollen sie ergreifen, um die frühzeitige Integration u.a. durch Bildung von Kindern und Jugendlichen mit Flucht- und Migrationserfahrung zu fördern? Wie wollen sie herkunftsbedingte soziale Nachteile kompensieren? Was ist ihr Vorgehen um das Bildungssystem, insbesondere die frühe Bildung zu stärken und die Benachteiligten zu fördern? Welche Brücken baut ihre Partei, um benachteiligten Kindern eine Chance auf Bildung und sozialen Aufstieg zu gewähren?